

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden,
Raben & Löwe, Nr. 1288.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Arnold, Dresden
und Schf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Alstadt

Bezugspreis einschließlich Eringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wol und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reflamzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 165

Dresden, Donnerstag den 17. Juli 1924

35. Jahrg.

Begrüßungsreden in London

Die Londoner Konferenz ist am Mittwoch, vormittags 11 Uhr, im Auswärtigen Amt eröffnet worden. Die Delegierten hatten sich vollständig und pünktlich versammelt. An der Spitze der hufeisenförmigen Tafel saßen Macdonald und Herriot. Auch der englische Kolonialminister Thomas war anwesend, jedoch nicht als Vertreter der englischen Dominions, sondern mehr als Assistent Macdonalds. In seiner Eröffnungsrede sagte Macdonald, daß die Konferenz die Bedingungen festzustellen habe, unter denen der Dawes-Plan durchgeführt werden soll. Die erste sei die fiskalische und ökonomische Einheit Deutschlands und die zweite sei die Sicherstellung für die Kapitalgeber, die die Anleihe von 800 Millionen Goldmark aufbringen und das Geld schaffen sollen, um den Dawes-Plan ins Werk zu setzen. Diese Erklärung Macdonalds wurde von den französischen Delegierten mit Schwere angehört.

Herriot sagte in seiner Ansprache, daß jeder der Teilnehmer an dieser Versammlung sein Vaterland liebe und daß jeder den Frieden wünsche, aber alle hätten den Wunsch, die Interessen ihrer Völker, die durch den Krieg gelitten haben, zu schützen und durch Vermöhnung der widerstreitenden Interessen der Konferenz zu dem Ergebnis zu verhelfen, das im Interesse des Friedens erwartet werden müsse. Für die Vereinigten Staaten sprach der Vorkämpfer Kellogg. Er sagte, daß die Vereinigten Staaten nicht zu den Signatarmächten des Versailler Vertrages gehören und darum auch auf dieser Konferenz nicht mit demselben Gewicht vertreten seien als die andern Nationen. Aber die amerikanische Vertretung sei hier im Geiste williger Mithilfe. Das amerikanische Volk hoffe mit seiner Regierung, daß die Annahme des Sachverständigenberichts der erste große Schritt zur Stabilisierung Europas sein wird.

Nach Beendigung der Begrüßungsansprachen wurde Macdonald einstimmig zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Generalsekretär wurde Sir Maurice Hankey. Macdonald übernahm sofort den Vorsitz. Es folgte dann die Besprechung von Geschäftsordnungs- und Organisationsfragen. Unter anderem wurde darüber beraten, wieviel Sachverständige von jeder einzelnen Delegation zugelassen werden sollten. Insgesamt sind drei Ausschüsse gebildet worden, die alle vorgelegenen Beschlüsse der Konferenz vorbereiten sollen.

Wißstimmung in Frankreich

Paris, 16. Juli. (Eig. Draht.) Keine der 14 internationalen Zusammenkünfte, zu denen der seit Jahren so häufig abgeschlagene und immer wieder erneuerte Versuch, sich über die Durchführung der wichtigsten Teile des Friedensvertrages zu verständigen, Anlaß gegeben hat, ist im Augenblick der Erfüllung auf größere Erfolg und schärferen Optimismus in Frankreich geistig, als die ursprünglich mit so großen Hoffnungen angehängte Konferenz. Die wiederholte Versicherung,

daß Ramsay Macdonald und Herriot in allen prinzipiellen Punkten bereits einig seien und es nur noch der Verständigung über die technischen Einzelheiten bedürfe, hatte in Frankreich zunächst einen Optimismus erzeugt, der nach vorübergehender Trübung durch den diplomatischen Vorstoß des englischen Auswärtigen Amtes in der gemeinsamen Note vom 9. Juli eine neue Befriedigung gefunden hatte. Die Debatte im englischen Unterhaus und im Zusammenhang damit die Erörterungen der Londoner Mütter und ihre Meldungen über die von der internationalen Finanz als Vorbedingungen für die 800 Millionen-Anleihe gestellten Forderungen haben in den letzten 24 Stunden die Stimmung in Paris völlig umschlagen lassen. Die Versicherungen der vollkommenen englisch-französischen Uebereinstimmung und die Liebenswürdigkeiten an die Adresse Macdonalds, von denen die französischen Blätter in den letzten Tagen voll waren, haben über Nacht auf neue einer Polemik den Platz geräumt, wie sie schärfer kaum in den Tagen des offenen Konflikts zwischen Lloyd George und Poincaré in Erfahrung getreten war. Das trifft nicht nur auf die ausgesprochenen nationalistischen Presse zu. Selbst der Temps, der bisher in vorwärtiger Linie für eine billige und friedliche Lösung eingetreten war, nimmt am Mittwoch an dieser Offensive teil, die, wenn dahinter nicht ein tatsächliches Einschüchterungsmanöver steckt, erste Befürchtungen für das Gelingen der Londoner Konferenz aufkommen läßt. Das Blatt erklärt, man müsse aus der neuen Wendung der englischen Politik den Eindruck gewinnen, als gelte die Londoner Konferenz ausschließlich dem Ziele, Sicherheitsmaßnahmen gegen Frankreich zu treffen und es der letzten Rechte zu berauben, die es aus dem Friedensvertrage besitze. Man werde sich danach nicht wundern dürfen, wenn man in Frankreich anfangs, eine weitere Diskussion für zwecklos zu halten, und endlich davon denke, seine Handlungsfreiheit wieder zu gewinnen. Als härtesten Druck spielt das Blatt die Drohung einer deutsch-französischen Verständigung gegen England aus.

Die Forderungen der Reichsregierung

London, 17. Juli. (Eig. Draht.) Der Londoner Korrespondent des Sozialdemokratischen Parlamentsdiensts erzählt, daß das von der Reichsregierung dem englischen Ministerpräsidenten am Mittwoch überreichte Memorandum in seinem Grundgedanken folgenden Inhalt hat: Als Grundbedingung der Annahme des Gutachtens fordert die deutsche Regierung eine bestimmte Zusage über die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands, und zwar zunächst die Festsetzung eines begrenzten und vernünftigen Zeitpunktes für die Zurückziehung der alliierten Besatzungstruppen, ferner die militärische Räumung der Ruhr, da angesichts der bevorstehenden ökonomischen Befreiung des Ruhrgebietes das Verbleiben der Truppen, die damals lediglich zum Schutz und zur Sicherheit gedacht waren, nach Beendigung der ökonomischen Sanktion nicht mehr gerechtfertigt sei. Schließlich wird die militärische Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort verlangt, die lediglich als Sanktion für die verweigerte Annahme des Londoner Zahlungsplanes beachtet wurden. Godlich fordert die Reichsregierung in ihrem Memorandum die Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone im nächsten Jahr auf Grund des Artikels 18 des Versailler Vertrages.

Preiskorrektur

Kanitz: Zur Erreichung dieser Preiskorrektur wird die Regierung kein Mittel unversucht lassen.

Durch die Schutzollpropaganda ist die Preisbildung für Agrarprodukte in Deutschland in den Strudel der internationalen Getreide- und Weizenmarkt hineingezogen worden, und zwar derart scharf, daß die deutschen Getreidepreiserhöhungen wiederum eine Fortleitung der Kaufkraft auf dem Weltmarkt bedeuteten. Die Kaufkraft auf dem Weltmarkt selbst fußt auf den schlechten Ernteharvesten für 1924, die z. B. (amtlich) in Nordamerika die Weizenerte mit 693 Millionen Bushel gegen 785 im Vorjahre, 856 im Jahre 1922 und 931 im Jahre 1919 angibt. Obwohl aber aus der Welt-ernte 1923 am 1. März nach Angaben des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts zu Rom für den Weltbedarf ein Ueberschuß von 75 Millionen Doppelzentner (gegen 32,5 Millionen im Vorjahre) zur Verfügung stand und die Ernteschätzungen, besonders die amtlichen in Amerika, als zu ungünstig besprochen werden, gelang es der Spekulation doch in kürzester Zeit, die bisher stabilen Preise in Amerika von circa 105 auf 107 Cents zu treiben. Sie erhöhten sich, als die Anregung von den deutschen Produzenten kam, nochmals um bzw. bis über 10 Cents.

Bis zum 9. Juli reagierten die deutschen Produzentenbörsen nicht auf dieses Spiel. Erst, als die Zollvorlage bekannt wurde und die Getreideausfuhr frei war, ergaben sich folgende Preissteigerungen:

	9. 7.	15. 7.	16. 7.
Weizen (Tonne)	130-144	178-188	170-180
Roggen (Tonne)	126-134	145-152	142-146
Weizenmehl (100 kg)	21-23,75	25-28,5	24,5-28
Roggenmehl (100 kg)	18-21,75	22,5-25	22-24,5
Vollkornmehl (Tonne)	140-149	160-170	160-170
Futtergerste (Tonne)	128-136	155-160	155-160

Diese Steigerungen bilden nicht nur eine vernichtende Kritik an den Darlegungen des Ernährungsministers, die er am Dienstag den Gewerkschaften gegenüber machte, sondern gleichzeitig eine Rechtfertigung der Ablehnung der Zollvorlage durch die Sozialdemokratie. Andererseits rufen sie die Betonung jener Ausführungen des Ministers über die Notwendigkeit, Preiskorrekturen vorzunehmen, in ein besonderes Licht. Wir geben diese überaus wichtige Stelle in seinen Darlegungen nach amtlicher Quelle wieder:

„Man braucht eine fähigere Verteuerung, ohne Optimismus zu sein, überhaupt nicht zu befürchten, wenn es gelingt, die zwischenzeitlichen zwischen Agrarproduzenten und Verbraucher auf allen Gebieten zu einer Preiskorrektur zu bewegen, die unerlässlich und besonders berechtigt ist nach Entsetzen derbenannter Erleichterungen, wie z. B. Abbau der Umwälzsteuer, Wiederbelebung des Geschäftes, vor allem aber bei der Getreide- und fleischverarbeitenden Industrie. Zur Erreichung dieser Preiskorrektur wird die Regierung keine Mittel unversucht lassen.“

So unrichtig und unzutreffend die Kanitzschen Argumente sind, so hat er doch mit dem Hinweis auf die Preiskorrektur ins Schwarze getroffen: 1. weil die Notierungen an unsern Produktenbörsen, wie die Notiz vom 16. Juli beweist, wohl Schwankungen, aber kaum Senkungen auf den Stand vor dem 9. Juli erfahren können; 2. weil derart steile Preisstürze für Deutschland hinsichtlich der Verteuerung des Endproduktes, des Brotes usw., von weit größerer Auswirkung sind als in Amerika. Vergleichen wir die Erzeuger- und Kleinhandelspreise in Deutschland, so fallen vor allen Dingen die beispiellosen Verdienstspreisen in den Zwischenstellen auf. Es folgt in Goldpfennig, wobei in unserer Tabelle der Durchschnitt K. den Erzeuger- und die Buchstaben Kl. den Kleinhandelspreis bezeichnen:

	Durchschnitt 1913	Juni 1924		
	€.	SL.	€.	SL.
Roggen, hbw. Mehl, 1/2 Kilogr.	8,22	16	6,85	15,7
Starkoffeln, 1/2 Kilogr.	2	8,5	2,18	4,3
Butter, 1/2 Kilogr.	128	140	130	179
Rindfleisch, 1/2 Kilogr.	42,75	98	31,86	99
Schweinefleisch, 1/2 Kilogr.	63,5	75	47,86	91
Wollwolle, 1/2 Kilogramm	3,59	5	3,62	19

Aus unserer Aufstellung ergibt sich die bekannte und auch jetzt dem Grafen Kanitz auffallende Tatsache, daß man bis zum 9. Juli in Deutschland den Roggen weit billiger als im Frieden und auf dem Weltmarkt kaufte, das Wehl hbw. Brot aber teurer als im Frieden und auf dem Weltmarkt bezahlte, eben weil auf den verschiedenen Zwischenstellen die Verdienstspreise weit höher als vor dem Kriege ist. Sie stellt sich in Goldpfennig für die von uns angelegenen Produkte wie folgt dar:

	Differenz 1913	Differenz Juni 1924
	7,78 = 94,64 Proz.	9,85 = 147,94 Proz.
Roggen, hbw. Mehl	1,5 = 75,00 Proz.	2,12 = 97,90 Proz.
Starkoffeln	12,00 = 9,87 Proz.	49,00 = 37,69 Proz.
Butter	50,25 = 117,54 Proz.	67,14 = 87,78 Proz.
Rindfleisch	21,50 = 40,18 Proz.	43,14 = 90,18 Proz.
Schweinefleisch	1,41 = 89,27 Proz.	3,45 = 40,84 Proz.

Die von uns angestellte Berechnung stützt sich auf das Zahlenmaterial der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer. Einwandfrei ergibt sie eine Verdreifung der Verdienstspreisen um 100, 200 und selbst 300 und 400 Prozent. Man muß sich diese Ueberhebung klarmachen, um ermessen zu können, was die Steigerungen an unsern Produktenbörsen für das Endprodukt und den Konsumenten bedeuten. Kommt dazu der Hochzoll, dann ist Deutschland das teuerste Brotland der Erde.

Wenn Herr Kanitz nun die Preiskorrektur ankündigt, legt er den Finger in die offene Wunde des deutschen Wirtschaftslebens. Wir kennen sie seit Jahrzehnten, ohne daß Kanitz

Die Woche der Provokationen

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Vor einigen Tagen haben sich bekanntlich alle politischen Parteien und Organisationen — mit Ausnahme der Kommunisten — darüber geeinigt, zur Erinnerung an die zehnjährige Wiederkehr des Kriegsausbruchs eine Gedenkfeier an die Opfer des Weltkrieges unter Ausschaltung aller politischen Demonstrationen zu veranstalten. Daß die Kommunisten sich von dieser allgemeinen Gedenkfeier ausschließen, hat wohl kaum irgendeine Bemerkung hervorgerufen. In Wirklichkeit aber hat diese Nichtbeteiligung tiefere Gründe; auch die Kommunisten veranstalten nämlich eine Gedenkfeier an den Kriegsausbruch, und zwar eine ganz besondere Gedenkfeier, wie sie sie verstehen.“

Ein Zufall wucht eine „nur als Manuskript gedruckte“ Broschüre der Zentrale der K. P. D. auf den Tisch, die demgemäß streng vertraulichen Charakter hat. Sie enthält Anweisungen an alle Parteizellen, Kreisgruppen und Ortsgruppen für eine Kampfwache vom 27. Juli, d. s. 4. August, und zwar Anweisungen, die bis ins kleinste Detail gehen. Selbstverständlich ist der Gedanke dieser Kampfwache nicht auf dem eigenen Miß der Kommunisten gewachsen, sondern verdankt seine Entstehung der Lektüre der Kommunisten, also Roska. Damit ist alles gesagt. Der Gedanke einer Gedenkfeier an die Gefallenen des Weltkrieges ist völlig außerhalb der eifersüchtigen Aspirationen Roskas, vielmehr geht der kommunistische Feind dahin, zur zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsausbruchs in allen Ländern große internationale Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg und für den Vorkriegszustand zu veranstalten. Was jenseitiger Eifer nicht wird verhindern: „Im Laufe dieser Woche muß dem imperialistischen Krieg klar und deutlich der Bürgerkrieg entgegengestellt werden“, und damit niemand auf den Gedanken kommt, daß die Kommunisten etwa pazifistische Ideale verfolgen, wird ausdrücklich angegeben, daß die „Woche“ unter keinen Umständen einen pazifistischen Charakter tragen darf, sondern offen den Bürgerkrieg als unumgängliche Notwendigkeit zur Befreiung der Arbeiterklasse aufzeigen muß.“ Durch unabhingige Kontrolle ist dafür zu sorgen.

„Nach der 10. Jahrestag der Weltanschauung sich nicht in eine patriotische, sentimentale, pazifistische Demonstration verwandeln.“

Als Kampfbünde werden 18 Punkte genannt. Voran steht der Kampf gegen den Versailler Vertrag und gegen das Sachverständigengutachten, am Schluß des Wandens mit: Sowjetrußland und die Weltrevolution. Diese vier Punkte umrahmen 12 innerpolitische Forderungen, die sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokratische Partei richten und in besonderer Weise Propaganda für die kommunistische Partei darstellen sollen. Dieser Teil des Kampfbüchleins wird natürlich mit ganz besonderer Deutlichkeit und Eindringlichkeit detailliert, denn

„Die Sozialdemokratie ist die Partei des Arbeiterverrates und des Arbeitermordes... Alle Opfer, die von der kommunistischen Partei und vom revolutionären Proletariat gebracht wurden, sind auf das Schuldbuch der Sozialdemokratie zu schreiben. Die Arbeiterschaft in allen Parteien und in allen Organisationen muß sich deshalb solidarisch erklären mit den Opfern aller Mächte, mit den 15 000 Gemordeten, mit den Tausenden Eingekerkerten...“

Damit sind doch wohl die von den Politikern Dingemardeten und Eingekerkerten gemeint? Die deutschen Kommunisten lassen sich aber nicht lumpen oder von dieser internationalen Zahl imponieren, denn ausdrücklich wird in den „Anweisungen“ angeordnet, daß keine Demonstration ohne Voranmarschieren der Kriegsgeschiedigten und Kriegserhinterbliebenen stattfinden darf. Wenn man sich an die erst vor einem Vierteljahr ergangene Anweisung erinnert, daß solche Demonstrationen stets mit Zusammenstößen mit der Polizei zu treiben seien, so erkennt man nur allzu deutlich, daß diesen Kernelementen das Los von Sturmtruppen zugedacht ist, die die blutige Suppe auslöffen sollen.

Die bekannte Arbeiterschaft muß sich von dieser gewissenlosen Aufputscherei mit Ekel abenden. Diese Woche von Provokationen, die auf Befehl Roskas veranstaltet werden muß, wird im Gegenteil nur dazu angetan sein, der Arbeiterschaft von neuem die Augen darüber zu öffnen, daß die K. P. D. der größte Feind der Arbeiterschaft ist, und daß eine Partei, die in klassischem Gehorsam vor Roska erhorrt und geistig so völlig in den Fingern gefangen ist, daß sie selbst einen eigenen Gedanken nicht mehr fähig ist, sie nur im Verderben führen kann.